



Alex Callinicos

Ein Anti-Kapitalistisches Manifest

Aus dem Englischen von David Paenson

Redaktionelle Bearbeitung:

Oliver Nachtwey, Rosemarie Nünning und Thomas Weiß

160 Seiten | 2004 | EUR 14.80 | sFr 26.60

ISBN 3-89965-066-2 1

Kurztext: Die politische Linke hat sich weder durch den Neoliberalismus noch durch den "Krieg gegen den Terror" mundtot machen lassen.

Im Gegenteil: Ihre grenzüberschreitenden Diskussionen und Aktionen nehmen zu. Zeit für ein Anti-Kapitalistisches Manifest?

Als Millionen von Menschen auf der ganzen Welt im Frühjahr 2003 gegen den Irakkrieg demonstrierten, nannte die New York Times diese Bewegung die "zweite Supermacht". Eine neue Ära des globalen Protestes ist angebrochen. Nach den Demonstrationen von Seattle 1999 und Genua 2001 hat sich eine weltweite Bewegung herausgebildet, die sich auf kontinentalen Sozialforen und den Weltsozialforen trifft, um Alternativen zu diskutieren.

Wofür steht diese Bewegung? Wendet sie sich nur gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der G7-Länder oder ist ihr Gegner das kapitalistische System als solches? Einer der populärsten Slogans der Bewegung lautet: "Eine andere Welt ist möglich." Wie kann diese Welt aussehen?

Alex Callinicos stellt sich der historischen Bedeutung dieser Bewegung, die so viele Namen hat. Er analysiert die Entstehungsbedingungen und die Entwicklung, zeigt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer Mitglieder sowie ihre strategischen Dilemmata auf. Er argumentiert, dass diese Bewegung von ihrem Wesen her antikapitalistisch ist, weil sich ihre Werte und Ziele innerhalb dieser Gesellschaftsordnung nicht durchsetzen lassen.

"Wie Marx und Engels im Kommunistischen Manifest aus dem Jahre 1848 beschreibt Callinicos die Krisen der Gegenwart: Das sind heute die verheerenden Finanzkrisen, die Arbeitslosigkeit, die Zerstörung der Umwelt, die Privatisierung der genetischen Ressourcen. Globalisierungskritische, oder wie Callinicos sie zu nennen vorzieht: antikapitalistische Bewegungen entstehen. Callinicos entwickelt wie Marx und Engels ein reformistisches Übergangsprogramm. Denn im Einsatz für Reformen entsteht jenes antikapitalistische Selbstbewusstsein, das über Reformen zum guten Leben strebt." (Elmar Altvater, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac)

"Intellektuelle Kritik und politischer Aktionismus liegen häufig weit auseinander. In Callinicos' Buch gehen einsichtsreiche Analyse und politische Perspektive eine anregende Liaison ein. Damit gewinnt die andere Welt, deren Möglichkeit auf Demonstrationen oft behauptet wird, endlich Konturen!" (Ingo Schmidt, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac)

Der Autor

Alex Callinicos ist Professor für Politikwissenschaften an der University of York in Großbritannien und ein bekannter Aktivist in der weltweiten Sozialforumsbewegung. Er ist Autor zahlreicher Bücher, darunter "Die revolutionären Ideen von Karl Marx" (1998), "Making History" (1987), "Against Postmodernism" (1989), "Social Theory" (1999) und zuletzt "The New Mandarins of American Power" (2003). Callinicos schreibt auch für Actuel Marx (Paris) und New Left Review (London).

Rezensionen

Marx & Engels Nachf. Rudolf Walther in der taz vom 11.12.2004: "Alex Callinicos schlägt in seinem 'Antikapitalistischen Manifest' Wege zu kollektiver Verantwortung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik vor. Die Umsetzung interessiert ihn nicht" Der englische Politikwissenschaftler Alex Callinicos verspricht viel. Er gibt seinem Buch nicht nur den programmatischen Titel "Antikapitalistisches Manifest", sondern beteuert obendrein, "sich an die Form des Manifests" von Karl Marx und Friedrich Engels (1848) anzulehnen. Sein Text besteht aus drei ganz

unterschiedlichen Teilen. Im ersten und umfangreichsten beschreibt Callinicos den Zustand des Kapitalismus nach seiner neoliberalen Umstrukturierung im Zeichen des "Washington-Konsenses". Der amerikanische Ökonom John Williamson bezeichnete damit 1990 ein Bündel von Strategien: von der restriktiven staatlichen Ausgabenpolitik über Steuersenkungen, die Liberalisierung der Finanzmärkte, der Wechselkurse und des Handels bis zur Privatisierung von Staatsbetrieben und zur Deregulierung der Arbeitsmärkte. Die Folgen dieser Politik sind im nationalen wie im globalen Rahmen bekannt. Für die ärmsten Länder bedeutete die neoliberale Wende, dass das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1980 und 2000 jährlich 0,5 Prozent geschrumpft, während es in den zwanzig Jahren davor noch durchschnittlich um 1,9 Prozent gewachsen war. Die Vorstellung, wirtschaftliches Wachstum würde gleichsam automatisch nach unten durchsickern, wird damit ebenso dementiert wie das globale Wachstumsversprechen des Neoliberalismus: "Nach seinem eigenen Maßstab des wirtschaftlichen Wachstums ist der Neoliberalismus ein Misserfolg." Für die Erklärung des neoliberalen Kapitalismus vertraut Callinicos auf die Marxsche Theorie. Ihr zufolge sorgt das Lohnarbeitsverhältnis für Ausbeutung und damit für die Fortschreibung von Herrschaft. Die durch die Konkurrenz angetriebene Kapitalakkumulation dagegen untergräbt die Stabilität dieser Herrschaft durch periodische Krisen. Verschärft werden diese durch die Finanz- und Währungsspekulationen, die mit der Liberalisierung der Finanzmärkte möglich geworden sind und das Schaukelspiel von Kapitalzufluss und Kapitalflucht enorm beschleunigen. Die Finanzkrisen in Mexiko (1994/95), Südostasien (1997/98) und Argentinien (2001) belegen das. Die erste Präsidentschaft von George W. Bush markiert die Verschmelzung der Wirtschaftspolitik der unsichtbaren Hand mit der Politik der imperialen Faust. Insofern sind Globalisierung und Krieg miteinander verwoben. Callinicos empirischer Beschreibung wie seiner theoretischen Erklärung des Neoliberalismus kann man durchaus folgen, sie ist aber auch nicht besonders originell. Mit den Gegnern der neoliberalen Umformung der Welt befasst sich der Autor im zweiten Kapitel. In den Bewegungen der Globalisierungskritiker, wie sie seit 1999 in Seattle und Genua, aber auch auf den Weltsozialforen in Porto Alegre (Brasilien) auftraten, sieht er eine Renaissance von Protestbewegungen und antikapitalistischer Gesellschaftskritik. Diese Bewegungen sind freilich nicht homogen, sondern artikulieren sich vielstimmig. Das Spektrum reicht vom reaktionären Antikapitalismus amerikanischer Isolationisten über den reformistischen Antikapitalismus von Attac und anderen Gruppen bis zum sozialistischen Antikapitalismus, wie er von französischen Trotzlisten vertreten wird. Eine ideologische Vereinheitlichung der Bewegungen ist nicht beabsichtigt, wohl aber eine Orientierung an Alternativen zur herrschenden Gesellschaftslogik, aufbauend auf demokratischer Selbstverwaltung und Solidarität. Der dritte und letzte Teil des Buches enthält das eigentliche "Manifest". Auf Grundlage der ethischen Werte Gerechtigkeit, Demokratie, Effizienz und Nachhaltigkeit entwirft Callinicos das Konzept einer "sozialistischen Demokratie". Das Kriterium der Effizienz deutet darauf hin, dass in dieser Demokratie der Markt nicht von der staatssozialistischen Planwirtschaft abgelöst werden soll. Das "Wirkungsfeld des Marktes" (Callinicos) soll jedoch dadurch eingeschränkt werden, dass alle Mitarbeiter eines Betriebs in die kollektive Verantwortung eingebunden werden. Im Anschluss an den Ökonomen Pat Devine plädiert Callinicos für eine dezentrale Planung in "der Form eines politischen Prozesses ausgehandelter Koordination", an dem Betriebsbelegschaften, Konsumenten, Zulieferer, staatliche Verwaltung und Interessengemeinschaften beteiligt sind. Im Kern zielt das "Manifest" auf eine Ausdehnung und Vertiefung der Demokratie. Nicht nur über politische, sondern ebenso über wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen sollen "Koordinationskörperschaften" demokratisch entscheiden - und dies im nationalstaatlichen wie im globalen Rahmen. Mit der Frage, wie eine so anspruchsvolle Demokratisierung im Detail und obendrein weltweit ablaufen soll, beschäftigt sich der Autor nicht. Stattdessen präsentiert er am Schluss des Buches auf zehn Seiten ein "Übergangsprogramm", das jeder aufgeklärte Sozialdemokrat und Gewerkschafter unterschreiben könnte. Das Programm reicht von der Wochenarbeitszeitverkürzung über die Tobinsteuer, die allgemeine Grundsicherung und die Erhaltung des öffentlichen Dienstes bis zur Stärkung der Bürgerrechte. Das ist alles nicht falsch, aber angesichts der großspurig verkündeten Ansprüche des Autors, der sich oft und gern selbst zitiert, doch etwas bescheiden." (RUDOLF WALTHER) im taz Magazin Nr. 7537 vom 11.12.2004, Seite VII **Revolution wieder möglich und notwendig?**

Das Anti-Kapitalistische Manifest von Alex Callinicos Von Sascha Kimpel (ND 28.6.04) Den Kapitalismus überwinden. Ist dies möglich? Und wie? Ein englischer Universitätsprofessor weiß Antwort und Rat. Verständlich und kenntnisreich enthüllt Alex Callinicos die Natur der neoliberalen Globalisierung und der imperialistische Politik der EU und USA und reflektiert die Gegenbewegung, Entwicklung und Dynamik der globalisierungskritischen Strömungen. Nicht belehrend oder besserwisserisch, stets offen für andere Sichtweisen. Im Gegensatz zu anderen vertritt er jedoch die These, dass die Stagnations- und Strukturprobleme der Weltwirtschaft nicht allein auf die »Globalisierung der Finanzmärkte« zurückzuführen seien. Und im Unterschied zu jenen, die Möglichkeiten einer friedlichen kapitalistischen Welt über verstärkte Zusammenarbeit und ökonomische Integration sehen, betont Callinicos, dass kapitalistische Konkurrenz sich nicht nur in ökonomischen Rivalitäten zwischen einzelnen Unternehmen, sondern auch in geopolitischen Konflikten zwischen Staaten austobe. Die großen Probleme der Menschheit – Armut, soziale Ungleichheiten, ökonomische Instabilität, Umweltzerstörung und Krieg – entstammen ein und derselben Quelle: dem kapitalistischen System. Subjekt der Überwindung dieses Systems ist für den Autor die plurale globalisierungskritische Bewegung, die sich in Sozialforen organisiert. Die strategische Rolle käme hierbei, nach Callinicos, einer organisierten und potenziell kampfstarken Arbeiterklasse zu. Wer nun meint, dass nur alter Wein in neue Schläuche gefüllt werden soll, der irrt. Callinicos plädiert für Universalismus und Vielfalt und

spricht nicht von Avantgarde. Er sieht in den verschiedensten Strömungen der globalisierungskritischen Bewegung Tendenzen einer antikapitalistischen Politik, auch wenn deren Kräfte nach eigenem Bekunden nicht für eine generelle Überwindung des Kapitalismus eintreten bzw. sich zu Fragen der Systemtransformation oder -überwindung nicht äußern. Vielleicht fasst Callinicos den Begriff von Antikapitalismus zu weit. Nicht anzuzweifeln ist jedoch sein Hinweis darauf, dass unter den derzeitigen Kräfteverhältnissen jede ernst gemeinte reformerische Forderung und soziale Mobilisierung – wie derzeit mittels Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV in Deutschland – folgerichtig mit den Profitinteressen der Banken und Konzerne kollidieren würde. Callinicos erkennt in den globalisierungskritischen Bewegungen nicht nur eine gemeinsame »antisystemische« Grundlage, sondern auch ein gemeinsames politisches und soziales Projekt, das auf den Prinzipien von Effizienz, Demokratie, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aufbaut. Doch, welche Vorstellungen hat der Autor – nicht nur Universitätsprofessor, sondern auch ein führendes Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei, der größten Partei links von Tony Blairs Labour Party – selbst hinsichtlich eines alternativen Gesellschaftsmodells? Er verwirft alle Konzepte eines sozial regulierten Kapitalismus oder so genannten Marktsozialismus. Callinicos plädiert für ein Wirtschaftsmodell partizipatorischer Planung als Grundlage eines Selbstverwaltungssozialismus. Er schließt sich damit denjenigen linken Ökonomen an, die von der globalisierungskritischen Bewegung fordern, die Frage der Kontrolle über das Eigentum nicht länger als politisches Thema auszusparen. Radikale Ausweitung der Demokratie sei enorm bedeutsam. Denn dann »wären wirtschaftliche Prozesse nun einer kollektiven Entscheidungsfindung unterworfen, und zweitens wäre die Entscheidungsfindung selbst auf der Grundlage ausgehandelter Koordination dezentralisiert«. Abschließend fasst Callinicos seine Forderungen an die Bewegung in einer Art »Übergangsprogramm« zusammen: Streichung der Schulden der Dritten Welt, Kapitalverkehrskontrollen, Verteidigung von Bürgerrechten und öffentlichen Diensten, Arbeitszeitverkürzung und soziale Grundsicherung, verstärkte Umweltpolitik. Dies will er als Diskussionsanregung verstanden wissen. Denn er weiß selbst, dass es »dumm und anmaßend« wäre, »in London zu sitzen und zu versuchen, ein Programm zu entwerfen, das die Notlage der Landlosen in Brasilien anspricht«. Seine »Übergangsforderungen« seien ein bescheidener Ansatz, urteilt der Verfasser. Und erklärt, dass »solche Zugeständnisse nicht durch Verhandlungen mit vorgeblich mitfühlenden Regierungen gewonnen werden (können), sondern nur durch Massenproteste und Kämpfe«, denn die geforderten Reformen »widersprechen der Logik des Kapitals«. Und Callinicos betont nochmals, dass die globalisierungskritischen Strömungen eine antikapitalistische Dynamik entfalten könnten, wenn sie von einer politisch unabhängigen Bewegung mit der Kraft einer kampfstarken Arbeiterbewegung unterstützt würden. Der Wissenschaftler schreckt auch nicht davor zurück, einzuräumen, dass eine Revolution möglicherweise unumgänglich sei, da die Konzerne, Banken und der Staatsapparat sich antikapitalistischen Massenbewegungen vehement entgegenstellen werden. Ja, Callinicos erklärt gar explizit, dass Revolutionen wieder akut werden könnten.

Leseprobe 1

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Ein Anti-kapitalistisches Manifest versucht die historische Bedeutung der Entwicklung einer Bewegung zu erfassen, die so viele Namen hat – Antiglobalisierung, antikapitalistisch, für globale Gerechtigkeit, Altermondialisierung[1] –, und zu skizzieren, welchen Weg sie einschlagen kann. Es wurde im Frühling und Sommer 2002 verfasst. Die Geschichte scheint sich ständig zu beschleunigen, und es ist schon jetzt möglich, rückblickend die Entwicklungsstufe zu erfassen, auf die dieses Buch eine Antwort war. Einerseits ist jene anfängliche Euphorie, die mit ihrem Glanz die Proteste von Seattle im November 1999 umgab, verfliegen. Fürwahr, der 11. September 2001 und der "Krieg gegen den Terrorismus" schienen das Überleben der Bewegung überhaupt in Frage zu stellen. Andererseits stellten die Proteste anlässlich des G-8-Gipfels in Genua im Juli 2001 einen entscheidenden Wendepunkt dar. Mit ihnen weitete sich die Bewegung auf Europa aus: Das zweite Weltsozialforum in Porto Alegre in Brasilien Anfang 2002 unterstrich, dass die Bewegung ihren geografischen Schwerpunkt mittlerweile von Nordamerika auf Lateinamerika und Europa verlagert hatte. Wie hat sich die Situation in den darauffolgenden zwei Jahren verändert? Drei Entwicklungen ragen heraus:

Das Weltsozialforum hat sich ausgeweitet. Das Europäische Sozialforum (ESF) hat sich bisher zweimal getroffen, in Florenz (November 2002) und Paris (November 2003); seine dritte Zusammenkunft ist für London im Oktober 2004 geplant. Die Größe und der Erfolg dieser Ereignisse (etwa 40.000 Menschen beteiligten sich am Forum in Florenz und 50.000 an seinem Nachfolger in Paris) und die regelmäßig stattfindenden europäischen Versammlungen zu ihrer Vorbereitung haben die Verbindungen zwischen den antikapitalistischen Netzwerken verfestigt und gestärkt, die zum ersten Mal zusammengekommen waren, um die Proteste von Genua zu organisieren, und angefangen, die Bewegung in Europa ganz real gesellschaftlich zu verankern. Diese Netzwerke haben eine entscheidende Rolle im Entstehen einer weltweiten Bewegung gegen den "Krieg gegen den Terrorismus" gespielt. Das begann in Europa im Herbst 2001, als Aktivisten, die sich an den Genuaprotesten beteiligt hatten, eine zentrale Rolle in den Protesten gegen den Krieg in Afghanistan spielten. Das ESF in Florenz gipfelte in einer millionenstarken Demonstration gegen den geplanten Krieg im Irak und rief zu einem Antikriegsprotesttag am 15. Februar 2003 auf. Die Unterstützung, die dieser Aufruf auf dem Weltsozialforum im

Januar 2003 erhielt, trug dazu bei, gigantische, wahrlich weltweite Demonstrationen am 15. Februar auf die Beine zu stellen, die in ihrem Ausmaß alles Bisherige in den Schatten stellten. Das vierte Weltsozialforum, das im Januar 2004 in Mumbai (Bombay) in Indien stattfand, markierte eine weitere Verschiebung des geografischen Schwerpunktes der Bewegung. Das WSF von Bombay war ein erstaunlicher Erfolg – 120.000 Menschen, viele aus den ärmsten und am stärksten unterdrückten Teilen der indischen Gesellschaft, drängten sich auf den Veranstaltungen – und markierte den entschiedenen Eintritt einer ganzen Palette verschiedener Bewegungen aus Indien und dem übrigen Südasien in die Gestaltung des globalen Widerstandes gegen Krieg und Globalisierung. Die antikapitalistische Bewegung ist offensichtlich lebendig, sie gedeiht und wächst. Der Versuch, die Konturen eines solch dynamischen und schnell wechselnden Objekts zu erfassen, mag utopisch erscheinen. Dennoch denke ich, dass die Analyse und die Argumente, die in diesem Buch dargelegt werden, heute von noch größerer Relevanz sind als zum Zeitpunkt der Niederschrift. Die Differenzierung der Bewegung in unterschiedliche ideologische Strömungen – in erster Linie die Reformisten, die Autonomisten und die radikale Linke – setzt sich intensiv fort. Den vielleicht wichtigsten Anlass zur Kontroverse lieferte Bernard Cassen, Gründer von Attac, der sich darüber besorgt zeigte, dass der Widerstand gegen den "Krieg gegen den Terrorismus" die Bewegung in Europa mittlerweile zu sehr dominiere. Cassen argumentiert, die Gegnerschaft zum Krieg sei eine Ablenkung von Wirtschaftsfragen – Welthandel, Schulden und globale Armut –, die den Ausgangspunkt der Bewegung bildeten.[2] Die in diesem Buch enthaltene Analyse des Imperialismus bietet eine gänzlich andere Perspektive, eine, die die Verbindungen zwischen der neoliberalen Wirtschaftsagenda und dem permanenten globalen Krieg der Bush-Regierung hervorhebt. Eine ähnliche Perspektive vertritt Walden Bello von Focus on the Global South, einem Bündnis, das an vorderster Front gegen die Welthandelsorganisation gekämpft, sich aber auch für den Aufbau einer globalen Antikriegsbewegung sehr stark eingesetzt hat.[3] Cassens Stellungnahmen spiegeln eine allgemeinere Furcht auch anderer Gründer des Weltsozialforums wider, nämlich, dass sich die Bewegung, die sie mitiniert hatten, so weit radikalisiert, dass sie die Kontrolle über sie verlieren.[4] Ich für meinen Teil begrüße diese Radikalisierung und versuche sie voranzubringen. Das sind die Beweggründe, die mich dazu veranlassen, in Ein Anti-Kapitalistisches Manifest nicht bloß für einen regulierteren und humaneren Kapitalismus einzutreten, sondern für eine systematische Alternative zum Kapitalismus, für eine andere Gesellschaftslogik. Im Schlusskapitel skizziere ich die möglichen Gesichtszüge einer solchen Alternative, wobei ich mich auf Pat Devines Modell der ausgehandelten Koordinierung stütze, um die Idee einer demokratisch geplanten Wirtschaft zu entwickeln. Interessanterweise wird die Frage nach detaillierten programmatischen Alternativen immer wichtiger für die Bewegung. Einerseits hat George Monbiot Vorschläge für die globale Regulierung des Kapitalismus entworfen, andererseits tritt Michael Albert für eine partizipatorische Wirtschaft ein, die sich auf ein Modell der Planung stützt, das sich von Devines unterscheidet, ihm aber sehr nahe kommt.[5] Diese Planungsmodelle sind die Antithese zur stalinistischen Kommandowirtschaft, die das Kennzeichen der alten Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten war. Planung, wie Albert und ich sie uns vorstellen, basiert auf demokratischer Selbstverwaltung, in der dezentralisierte Netzwerke von Produzenten und Konsumenten gemeinsam entscheiden, wie die produktiven Ressourcen verteilt und eingesetzt werden sollen. Eine solche Wirtschaftsweise, das ist meine Überzeugung, realisierte die Vision eines Sozialismus von unten, die Vision eines gesellschaftlichen Wandels als Prozess der Selbstemanzipation, der das Herz der revolutionären marxistischen Tradition bildet. Die Aussicht, dass diese Tradition mit der globalen Bewegung gegen Neoliberalismus und Krieg zusammenkommt und aus ihr neues Leben schöpft, bietet uns die größte Hoffnung, endlich jene befreite Welt jenseits des Kapitalismus zu schaffen, von der so viele geträumt haben. Alex Callinicos, Februar 2004 [1] Der Begriff ist entlehnt dem im französischen (altermondialiste) und englischen (altermondialisation) Sprachgebrauch immer häufiger benutzten Begriff für die Bewegung. Es heißt soviel wie "für eine andere Globalisierung".

[2] B. Cassen, "On the Attack", New Left Review (II), Nr. 19, 2003.

[3] Eine weitergehende Analyse des "Krieges gegen den Terrorismus" findet sich in A. Callinicos, The New Mandarins of American Power, Cambridge 2003.

[4] Beispielsweise B. Cassen, Tout a commencé à Porto Alegre, Paris 2003.

[5] Siehe G. Monbiot, The Age of Consent, London 2003; M. Albert, Parecon, London 2003, und die Debatten zwischen Albert, Monbiot und mir auf ZNet, www.zmag.org.

Leseprobe 2

Einführung

Ein außerplanmäßiges Ereignis Ende der 1990er Jahre geschah etwas Seltsames. Der liberale Kapitalismus stand nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime ein Jahrzehnt zuvor als Sieger da. Francis Fukuyama hatte damals das mittlerweile berühmte "Ende der Geschichte" verkündet: Das Versagen des Kommunismus habe gezeigt, dass es keine systematische fortschrittliche Alternative zum liberalen Kapitalismus geben könne.[1] Nur wenige übernahmen diesen seltsamen Cocktail aus Hegelscher Philosophie und Reaganschem Triumphalismus, der Fukuyamas Argument zugrunde lag. Aber viele akzeptierten seine Kernaussage. Der Postmodernismus und seine Abkömmlinge (beispielsweise die Theorie über den Postkolonialismus), die tief in liberalen Akademikerkreisen der

englischsprachigen Welt verwurzelt waren, hatten schließlich schon lange zuvor das "Ende großer Erzählungen" und das Entstehen einer fragmentierten, pluralen Welt ausgerufen, in der allein schon der Gedanke, den liberalen Kapitalismus in Frage zu stellen, jenen Totalitarismus wieder zum Leben erwecken könnte, der uns Auschwitz und den Archipel Gulag beschert hat.[2] Noch entscheidender freilich war, dass derselbe allgemeine Ausblick auch der Tagespolitik ihren Stempel aufdrückte. Der Ökonom John Williamson prägte 1990 den Begriff "Washington-Konsens", unter dem er nicht weniger als zehn Politikfelder zusammenfasste, in denen Entscheidungsträger weltweit die neoliberale Agenda akzeptierten: restriktive Ausgabenpolitik, Prioritätensetzung bei den öffentlichen Ausgaben, Steuerreform, Liberalisierung der Finanzmärkte, Wettbewerb der Wechselkurse, Liberalisierung des Handels, Auslandsdirektinvestitionen, Privatisierung, Deregulierung und Eigentumsrechte.[3] Während des langen Booms der 1950er und 1960er Jahre wären die meisten dieser Politikansätze für die Ausgeburt fantasierender Wirtschaftshäretiker gehalten worden, die von einer Rückkehr ins 19. Jahrhundert träumten, während der Mainstream die eine oder die andere Variante von John Maynard Keynes Auffassung vertrat, wonach die Stabilität des Kapitalismus von staatlicher Intervention zur Sicherung der Vollbeschäftigung abhing. Daher ist es nur eine leichte Übertreibung, wenn Susan George schreibt: "Wer 1945 oder 1950 ernsthaft irgendeine der Ideen oder Richtlinien, die zum heutigen neoliberalen Repertoire gehören, unterbreitet hätte, wäre unter Hohngelächter von der Bühne gejagt oder gleich in die Irrenanstalt gesteckt worden." [4] Es war die erste Nachkriegsrezession Mitte der 1970er Jahre, die ein günstigeres Klima für jene Ketzereien schuf. Der Neoliberalismus verdrängte den Keynesianismus als etablierte ökonomische Meinung jedoch nicht ohne bedeutende politische und ideologische Kämpfe. Während der 1980er Jahre bahnten Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten und Margaret Thatcher in Großbritannien der Politik des freien Marktes erfolgreich den Weg, indem sie den Widerstand sowohl aus Teilen des Establishments als auch seitens mächtiger Gruppierungen der Arbeiterklasse wie der amerikanischen Fluglotsen 1981 und der britischen Bergarbeiter 1984/85 überwandten. Am Ende jenes Jahrzehnts war die Welt schließlich für die Übernahme dieser Neuerungen sehr empfänglich geworden. Einerseits verschaffte die aus dem zweiten bedeutenden Wirtschaftsabschwung zu Beginn der 1980er Jahre vererbte Schuldenkrise dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank den notwendigen Hebel, um Regierungen der Dritten Welt ihre neoliberalen Programme der "strukturellen Anpassung" zu diktieren, andererseits erlaubte der Zusammenbruch des Kommunismus vor allem den Vereinigten Staaten, die Nachfolgeregime in Zentral- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion zu ermutigen, sich einer "Schocktherapie" zu unterziehen, durch die ihre Wirtschaften abrupt aus der staatlich kontrollierten Autarkie herausgerissen und in einen hochgradig wettbewerbsorientierten Weltmarkt eingegliedert wurden.[5] Weltweit betrachtet, spiegelte die Durchsetzung neoliberaler Orthodoxie zumindest teilweise eine bewusste und erfolgreiche Strategie amerikanischer Regierungen wider, die Vormachtstellung der USA in der Ära nach dem Kalten Krieg aufrechtzuerhalten. Allein der Name, den diese Politik trägt – Washington-Konsens –, ist symptomatisch für die Rolle, die jener institutionelle Komplex aus amerikanischem Schatzamt, IWF und Weltbank spielt.[6] Der Siegeszug dieser Ideen wurde aber erst richtig sichtbar, als sie von breiten Teilen der internationalen Linken gebilligt wurden. Der "Dritte Weg" war zunächst das Schlagwort, mit dem sich Bill Clintons New Democrats sowohl von Reagans Republikanismus als auch vom dirigistischen Umgang früherer demokratischer Präsidenten wie Franklin Roosevelt und Lyndon Johnson mit ökonomischen und sozialen Problemen abgrenzten. Tatsächlich bestätigte sich bald die Bindung der Clinton-Regierung an die neoliberale Agenda durch ihre energischen und erfolgreichen Bemühungen – in enger Zusammenarbeit mit dem Big Business und der republikanischen Rechten –, den Kongress dazu zu bewegen, dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA im Jahr 1993 zuzustimmen.[7] Der mit missionarischem Eifer von Tony Blair und seinem Hofphilosophen Anthony Giddens gepredigte Dritte Weg verlangte die Anerkennung der vermeintlichen ökonomischen Notwendigkeit. Durch die Globalisierung seien alte linke Rezepte wie Umverteilung und Verstaatlichung überholt, und das unter neuem Namen firmierende "Mitte-links-Lager" müsse sich einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und einer autoritären Sozialpolitik, verziert mit etwas kommunitaristischer Rhetorik, verschreiben.[8] Das Ergebnis war sozusagen die Entleerung der Politik von Politik: Da alle entscheidenden Personen den liberalen Kapitalismus akzeptierten, konnte sich die politische Debatte nur noch um untergeordnete technische Details und um Selbstdarstellung drehen. Es ist kein Wunder, dass Tony Blair in diesem Klima gedeihen konnte: Seine Dominanz in der britischen Politik wurde in dem betäubend langweiligen Wahlkampf vom Juni 2001 offensichtlich. Das Fehlen entscheidender Unterschiede zwischen den beiden Hauptkandidaten trug auch wesentlich zu Jean Marie Le Pens Überraschungserfolg in der ersten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen im April 2002 bei, als er Premierminister Lionel Jospin auf den dritten Platz verwies. Es schien, als ob das Ende der Ideologie, von Daniel Bell Anfang der 1960er Jahre etwas verfrüht verkündet, endlich gekommen war beziehungsweise eine Ideologie alle übrigen endgültig aus dem Feld geschlagen hatte. Perry Anderson, seit einer ganzen Generation einer der wichtigsten Intellektuellen der westlichen Linken, schrieb: "Zum ersten Mal seit der Reformation gibt es innerhalb der Ideenwelt des Westens keine bedeutende Opposition mehr – damit meine ich systematische konkurrierende Weltanschauungen – und auch kaum im Weltmaßstab, wenn wir von weitgehend veralteten, ungültigen religiösen Lehrsätzen absehen." [9] Als dieser Satz Anfang 2000 erschien, hatte er sich bereits überholt. Denn in Seattle geschah Ende November 1999 etwas Widerspenstiges. Die Welthandelsorganisation hatte sich dort versammelt, um eine neue Runde von Handelsgesprächen einzuleiten. Ganz oben auf der Tagesordnung stand die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen: Die

Investmentbanken und multinationalen Konzerne, die von der Privatisierungswelle im gewerblichen Bereich bereits enorm profitiert hatten, warfen jetzt einen gierigen Blick auf die vielen öffentlichen Dienstleistungen, die noch überlebt hatten. Welcher Standort wäre geeigneter gewesen als Seattle, Hauptstadt der New Economy, zu deren ewigem Ruhm Massenchöre von Profiökonomern und Investmentberatern Lobeshymnen anstimmten, um einen erneuten Triumph des Washington-Konsens zu feiern? Es kamen aber auch einige ungeladene Gäste – 40.000 Demonstranten aus einem großen Spektrum verschiedenster Initiativen und Bewegungen, das von traditionellen Teilen der organisierten amerikanischen Arbeiterbewegung (wie Lkw-Fahrern, Hafenarbeitern, Maschinenbauern) bis hin zu einer Fülle von Nichtregierungsorganisationen und Basisinitiativen reichte, deren Kampagnen sich auf Fragen wie Umweltschutz, gerechten Handel und Verschuldung der Dritten Welt konzentrierten. Zahl und Militanz der Protestierenden, verbunden mit ihren innovativen Organisationsmethoden, trafen auf eine unvorbereitete Obrigkeit. Die Störungen, die sie verursachten, erschwerten es den westlichen Regierungen – die ohnehin durch eine Reihe von Streitigkeiten vor allem zwischen den USA und der Europäischen Union untereinander gespalten waren –, ihr Vorhaben über die Bühne zu bringen, und ermunterten die Vertreter der Dritte-Welt-Länder, sich gegen die brutalen Methoden der Großmächte aufzulehnen. Die Gespräche scheiterten. Die neoliberale Maschinerie war zumindest vorübergehend zum Stillstand gebracht worden. Seattle blieb jedoch keine Eintagsfliege. Von den Ereignissen überraschte neoliberale Kommentatoren und einige Altlinke taten die Demonstranten als protektionistischen Pöbel ab.[10] Aber der Erfolg dieses Protestes gab Millionen Menschen auf der ganzen Welt neues Selbstvertrauen, sich ebenfalls gegen den Neoliberalismus zu stellen. Ein Symptom der Globalisierung – gleich wie man sie versteht – ist die enorme Zunahme an Gipfeltreffen, die unter zahlreichen Kürzeln wie G 8, IWF, EU, Apec, FTAA firmieren. Proteste, die sich vorrangig gegen diese Zusammenkünfte richteten, breiteten sich wie ein Lauffeuer aus: Washington (16. April 2000), Millau (30. Juni 2000), Melbourne (11. September 2000), Prag (26. September 2000), Seoul (10. Oktober 2000), Nizza (6./7. Dezember 2000), Washington zum Zweiten (20. Januar 2001), Quebec (20./21. April 2001), Göteborg (14. bis 16. Juni 2001) und so weiter. Als roter Faden zog sich durch diese Demonstrationen ein sich verschärfender Konfrontationskurs zwischen Demonstranten und Polizei, der in den riesigen Protesten gegen den G-8-Gipfel in Genua am 20./21. Juli 2001 seinen (bisherigen) Höhepunkt fand, als die Bereitschaftspolizei die schädliche Taktik einer kleinen Minderheit von Demonstranten (des anarchistischen Schwarzen Blocks) zum Anlass nahm, eine Gewaltorgie zu entfesseln, die zur Erschießung Carlo Giuliani, eines Jugendlichen aus der Gegend, führte. Im Schatten der Ereignisse von Genua begann die Financial Times mit einer Serie zum Thema "Der belagerte Kapitalismus", um die Entstehung des "Gegenkapitalismus", wie sie es nannte, zu untersuchen. Zu ihm gehörten: "... Zehntausende engagierte Aktivisten an der Schaltstelle einer globalen politischen Bewegung, die Abermillionen Menschen umfasst. Gerade ein Jahrzehnt nach dem Fall der Berliner Mauer und dem von Fukuyama versprochenen 'Ende der Geschichte'... wächst das Gefühl, dass der globale Kapitalismus wieder kämpfen muss, um den Streit für sich zu entscheiden ... Die neue Welle von Aktivismus hat sich unter dem einfachen Gedanken gesammelt, dass der Kapitalismus zu weit gegangen sei. Sie ist gleichermaßen eine Stimmung wie eine Bewegung, sie ist etwas Gegenkulturelles. Ihr Antrieb ist der Verdacht, dass die Unternehmen, die durch die Börsen gezwungen werden, nach immer höheren Profiten zu streben, die Umwelt plündern, Leben zerstören und ihr Versprechen, den Armen zu Wohlstand zu verhelfen, nicht einhalten. Sie wird von der Angst gespeist, dass die Demokratie mittlerweile machtlos ist, die Großkonzerne aufzuhalten, weil Politiker auf deren Schoß sitzen und die internationalen politischen Institutionen Sklaven einer von den Konzernen diktierten Tagesordnung sind." [11] **Die Rückkehr der Gesellschaftskritik** Wird der Beginn der neoliberalen Vorherrschaft auf die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 datiert, dann hielt sie sich gerade zehn Jahre, bis zur großartigen Demonstration in Seattle am 30. November 1999. Der Washington-Konsens liefert nach wie vor den Rahmen für politische Entscheidungen in beinahe allen Staaten der Welt, wird aber mittlerweile stark in Frage gestellt. Seattle stand nicht am Anfang dieser Anfechtung, hob sie allerdings auf eine qualitativ neue Ebene. Dieses Buch soll keine Geschichte der Bewegung gegen den globalen Kapitalismus werden, es ist aber vielleicht dennoch nützlich, einige der Faktoren, die zu ihrer Entstehung beitrugen, zu erwähnen: Die Gründung der NAFTA sollte sich als entscheidender Schritt herausstellen. Obwohl der Widerstand gegen diese Vereinbarung erfolglos blieb, trug er dazu bei, die Debatte über Globalisierung in den Mittelpunkt zu rücken. In der Folge wird, wie Mark Rupert es ausdrückt, "die vorherrschende liberale Erzählung von der Globalisierung innerhalb der USA mindestens von zwei verschiedenen Seiten in Frage gestellt. Die eine ließe sich als die weltbürgerliche und demokratisch orientierte Linke beschreiben. Die andere möchte ich als nationalistische extreme Rechte bezeichnen." Von der ersten Position, die Rupert "partizipatorische Haltung eines grenzüberschreitenden politischen Engagements" nennt, waren die aktivistischen Netzwerke beeinflusst, die die linke Opposition zur NAFTA gebildet hatten. Nachdem sie 1998 zum Abbruch der Gespräche über das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) beigetragen hatten, mit dem die Welt für die Multis sicherer gemacht werden sollte, gingen sie dazu über, den sich ausweitenden Widerstand gegen die Freihandelsagenda zu organisieren, der dann in die Proteste von Seattle mündete.[12] Die NAFTA war auch in anderer Hinsicht bedeutsam. Ihr Inkrafttreten am 1. Januar 1994 war der Anlass für einen bewaffneten Aufstand im Bundesstaat Chiapas im südöstlichen Mexiko. Subcomandante Marcos, Anführer der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN), die den Aufstand begonnen hatte, brandmarkte die NAFTA, unter der das verfassungsmäßige Recht der Bauern auf Zugang zu Gemeindeland annulliert worden war, als "Todesurteil für die indigenen Ethnien Mexikos".[13] Die auf diese Weise

hergestellte Verbindung zwischen dem Elend der indigenen Gemeinschaften Mexikos und dem Neoliberalismus – den Marcos bezichtigte, den "Vierten Weltkrieg" begonnen zu haben, in dem die Globalisierung nichts anderes sei als die "totalitäre Ausweitung der Logik der Finanzmärkte auf alle Lebensbereiche" – war ein ständig wiederkehrendes Motiv in der zapatistischen Propaganda.[14] Der höchst effektive Einsatz der Medien – und des Internets – durch die EZLN machte ihre Sache zu einem der Anziehungspunkte der entstehenden globalen Bewegung. Die Chiapas-Kampagne war in Wirklichkeit einer unter vielen Kämpfen im Süden, durch die ein Gefühl des weltweiten Widerstandes gegen den Neoliberalismus allmählich Gestalt annahm. Der nigerianische Aktivist Ken Saro-Wiwa – vom nigerianischen Militär wegen seiner Kampagne zur Verteidigung des Ogoni-Volkes gegen die Verwüstungen seines Landes durch Shell im November 1995 hingerichtet – war ein weiteres Symbol für den Widerstand indigener Völker gegen die Tyrannei des globalen Kapitalismus. Die neue Bewegung erhielt ebenfalls Auftrieb durch die inzwischen als Global Governance, Globalsteuerung, bekannte Entwicklung, zu der nicht nur die Stärkung formaler Institutionen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit wie der Vereinten Nationen, der G 8 und der EU gehört, sondern auch der transnationale öffentliche Bereich, der sich infolge der schnellen Ausbreitung der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu entfalten begann. John Lloyd vermutet, dass die Anerkennung, die den NGOs durch ihre Teilnahme an offiziellen Konferenzen wie dem Gipfel von Rio zur globalen Erwärmung von 1992 zuteil wurde, einen Gegenschlag mit hervorrief, als die Regierungen keine Anstalten machten, die auf solchen Veranstaltungen gesteckten ehrgeizigen Ziele in die Tat umzusetzen.[15] Die zunehmende Verbreitung der NGOs trug dazu bei, neue aktivistische Bündnisse ins Leben zu rufen, die sich anfangs auf die Beseitigung bestimmter Übel konzentrierten. Dazu gehören der internationalistische humanitäre Aktivismus ("sans frontières", die grenzüberschreitende Arbeit) in Frankreich und die No-Sweats-Bewegung an amerikanischen Universitäten gegen die Ausbeutung der Arbeiterinnen der Dritten Welt. Die skandalöse Verschuldung der Dritten Welt wurde zu einem weiteren Ausgangspunkt politischer Verallgemeinerungen. Durch Kampagnen wie Jubilee 2000 (Erlassjahr 2000) wurde das Aktivistennetz erheblich ausgeweitet, indem Kirchen und andere Organisationen, die normalerweise nicht für ihre Militanz bekannt sind, erfolgreich mit einbezogen wurden. Rückblickend waren die großen Demonstrationen gegen die Verschuldung während der G-8-Gipfeltreffen in Birmingham 1998 und Köln 1999 Vorboten der spektakuläreren Konfrontationen von Seattle und Genua.[16] Die Finanz- und Wirtschaftskrise Ostasiens 1997/98 stellte sich als weiteres wesentliches Ereignis heraus. Obwohl sie von den Anhängern des Washington-Konsens als Beweis für die Überlegenheit des anglo-amerikanischen Modells über den "Amigokapitalismus" (crony capitalism) Asiens angeführt wurde, zeigte sie in den Augen vieler anderer die Gefahren einer deregulierten Weltwirtschaft, in der riesige Ströme von Spekulationskapital ganze Staaten über Nacht in den Abgrund stoßen konnten. Die Krise selbst, in Verbindung mit den "Rettungsmaßnahmen" des IWF, der als Medizin noch mehr neoliberale Maßnahmen verabreichte, hatte wichtige ideologische Folgen, als einige Vertreter des Establishments – der Impresario für Termingeschäfte George Soros und die Ökonomen Joseph Stiglitz, Paul Krugmann und Jeffrey Sachs – plötzlich zu scharfen Kritikern des Washington-Konsens wurden. Stiglitz' hastige Entfernung von seinem Posten als Chefökonom der Weltbank am Vorabend der Proteste von Seattle trug das Ihre zu einem Klima bei, in dem die Legitimität der internationalen Finanzinstitutionen zunehmend in Frage gestellt wurde.[17] Schließlich brach der Widerstand gegen den Neoliberalismus in einem der G-7-Länder selbst auf breiter Front aus: in Frankreich. Die Massenstreiks im öffentlichen Dienst im November/Dezember 1995 ließen das Programm der konservativen Koalition für marktwirtschaftliche "Reformen" entgleisen und trugen zu einer allgemeinen Linkswendung bei, in deren Folge die "plurale Linke" unter Lionel Jospin im Juni 1997 die Regierungsgeschäfte übernehmen konnte. Jospin machte sich daran (hinter einer Nebelwand aus sozialistischer Rhetorik), in weitaus größerem Maßstab zu privatisieren als seine rechten Vorgänger. In Opposition zur Regierung entwickelte sich eine neue Linke um die Monatszeitung *Le Monde diplomatique* und die Bewegung gegen internationale Finanzspekulation *Attac*. [18] Ein Ausdruck dieses Radikalisierungsprozesses war der Ausgang der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen im April 2002, als Jospin unerwartet aus dem Rennen geworfen wurde, während die Kandidaten der äußersten Linken über zehn Prozent der Stimmen gewannen. Die weltweite Ausrichtung dieser neuen Linken zeigt sich auf unterschiedliche Weise: durch das Auftauchen des Bauernführers José Bové als Symbol für den Widerstand gegen genetisch veränderte Organismen und andere Bedrohungen für vernünftige landwirtschaftliche Praktiken, in der Rolle, die *Le Monde diplomatique* und *Attac* bei den Weltsozialforen in Porto Alegre in Brasilien spielen, und in *Attacs* internationaler Verbreitung (Anfang 2002 gab es Schwesterorganisationen in 40 Ländern). Dieser Prozess der Auseinandersetzung umfasst mehr als nur Kampagnenpolitik und Straßenproteste. Warum wir von einer weltweiten Bewegung sprechen können, liegt unter anderem daran, dass sie ihren ideologischen Ausdruck in einer Masse kritischer Schriften aus der Feder unterschiedlicher Intellektueller gefunden hat. Darunter befinden sich zwei herausragende Persönlichkeiten. Von den Streiks im Jahr 1995 bis zu seinem Tod im Januar 2002 warf Pierre Bourdieu sein außerordentliches Ansehen als führender französischer Intellektueller in den Kampf gegen den Neoliberalismus. Mit einer Gruppe von politisch aktiven Wissenschaftlern brachte er eine Reihe von kurz gefassten, billigen Büchern heraus, darunter zwei Bände mit polemischen Essays, die Bourdieu selbst verfasst hatte: *Contre-feux* und *Contre-feux 2*. Noam Chomsky, seit einer Generation einsamer, aber beharrlicher Kritiker der amerikanischen Außenpolitik, erreichte auf einmal ein weltweites Publikum, das seiner Argumentation sehr bereitwillig folgte, nach der die von ihm festgestellte imperiale Machtbehauptung Amerikas im Zusammenhang mit dem Agieren des globalen Kapitalismus gesehen werden muss.

Neben diesen beiden großartigen Figuren einer älteren Generation fanden sich viele andere, bereits anerkannte Schriftsteller und Aktivisten, die jetzt Zugang zu einem breiteren Publikum fanden, zum Beispiel Michael Albert, Walden Bello, Susan George und Toni Negri, aber auch jüngere Intellektuelle, die plötzlich im Rampenlicht standen, besonders Naomi Klein und Michael Hardt. Alle sind Autoren bedeutender Bücher, sie erreichen aber ein noch breiteres Publikum dank der fieberhaften Verbreitung von Texten über das Internet. Das Aufkommen dieser Fülle von Schriften kennzeichnete eine Neuorientierung der intellektuellen Szene. In einer schwergewichtigen Studie, die selbst einen Beitrag zu dem in ihr analysierten Genre darstellt, haben Luc Boltanski und Eve Chiapello dokumentiert, was sie die "Rückkehr der Gesellschaftskritik" in Frankreich während der 1990er Jahre als Reaktion auf die Erfahrung mit dem Neoliberalismus nennen.[19] Die Gesellschaftskritik war aber just jene Art Diskurs, die der Postmodernismus zu verbannen suchte. Jean Baudrillard beispielsweise schreibt: "Alle unsere heutigen Probleme als zivilisierte Wesen haben ihren Ursprung nicht in einem Übermaß an Entfremdung, sondern im Verschwinden der Entfremdung zugunsten eines Maximums an Transparenz zwischen den Subjekten." [20] Das Konzept der Entfremdung, das der marxistischen Kritik am Kapitalismus eines ihrer wichtigsten Themen liefert, geht von einem Gegensatz zwischen einem authentischen Subjekt und den bestehenden sozialen Verhältnissen aus, die ihm seine Selbstverwirklichung versagen. Dieser Gegensatz steht beispielsweise unausgesprochen hinter der in den 1960er Jahren von den Situationisten entwickelten Kritik an der "Gesellschaft des Spektakels". Für Guy Debord waren moderne kapitalistische Gesellschaften vom Vorrang des Spektakels gekennzeichnet: "Alles, was unmittelbar erlebt wurde, hat sich in eine Repräsentation verwandelt", einen Zustand, der "der konkreten Umkehrung des Lebens" gleichkommt.[21] Im selben Zeitabschnitt ist jedoch, wie Boltanski und Chiapello feststellen, das Konzept der Authentizität unter gewaltigen intellektuellen Beschuss geraten seitens solcher Denker wie Gilles Deleuze und Jacques Derrida, deren Werke den Postmodernismus entscheidend beeinflusst haben. Boltanski und Chiapello legen nahe, dass deren Dekonstruktion des Gegensatzes zwischen Authentizität und Nichtauthentizität zum Triumph des Neoliberalismus in den 1980er und 1990er Jahren beigetragen hat: "Es ist doch viel effektiver, vom Standpunkt der unbegrenzten Akkumulation, wenn diese Frage unterdrückt wird, wenn die Menschen sich selbst davon überzeugen, dass es nichts geben kann außer einem Scheinbild, dass die 'wahre' Authentizität fortan keinen Platz mehr in dieser Welt hat oder aber dass die Sehnsucht nach dem 'Authentischen' bloß eine Illusion ist." [22] Baudrillard als der Hohepriester jener Dekonstruktion der Authentizität argumentiert, dass sich in einer Gesellschaft, nicht geprägt durch das Spektakel, sondern die Simulation, in der Bilder nicht mehr die Wirklichkeit repräsentieren, sondern sie selbst verkörpern, kritisches Denken und politischer Kampf überholt hätten.[23] Das Wiederauftauchen antikapitalistischer Diskurse und Bewegungen kennzeichnet daher den Zusammenbruch der Hegemonie, die der Postmodernismus seit fast zwei Jahrzehnten über die Ideen der Avantgarde ausgeübt hat. Ein Zeichen für diese intellektuelle Verschiebung ist der Rückgang des beinahe zwanghaften Interesses an kulturellen Fragen, das die radikale akademische Landschaft der 1990er Jahre beherrschte, zugunsten einer erneuten Beschäftigung mit dem Materiellen. Das trifft zum Teil gerade auf jene Denker zu, die zuvor mit dem Postmodernismus in Verbindung gebracht wurden. Richard Rorty beispielsweise, dessen Schriften eine entscheidende Rolle bei der Aufnahme des Postmodernismus in der amerikanischen intellektuellen Szene spielten, ist neuerdings dazu übergegangen, die, wie er sie nennt, "Kulturlinke" in den USA für ihre mangelnde Aufmerksamkeit gegenüber den wachsenden Spaltungen in der amerikanischen Gesellschaft infolge der Globalisierung zu kritisieren.[24] Die Tatsache, dass Rorty selbst zur Erschaffung dieser Kulturlinken beigetragen hatte und dass sein Rezept – die Rückkehr zur Sozialdemokratie – erkennbar ungeeignet ist, vermindert die Bedeutung seiner Diagnose in keiner Weise. Weitere Beispiele dieser Art von Umkehr ließen sich anführen – eines der bemerkenswertesten war der Enthusiasmus, mit dem der Lacansche Kulturtheoretiker Slavoj Žižek sich Marx und sogar Lenin in den letzten Jahren zu Eigen gemacht hat.[25] Das beste Beispiel aber für die Zurückdrängung des Kulturellen durch eine traditionellere Kritik des Kapitalismus liefert uns der bekannteste Text der neuen Bewegung, Naomi Kleins No Logo. Mit ihrer detaillierten Schilderung gegenwärtiger Trends in der Massenkultur besetzt dieses Buch gekonnt und mit Witz das intellektuelle Terrain, das tausenden an Baudrillard geschulten Fachbereichen für Kulturwissenschaften so lieb geworden ist – um seine Leser allerdings ganz unvermittelt auf ein neues Kampffeld zu führen, indem es die Nuancen der Markenprägung durch die Konzerne benutzt, um die vorherrschenden Muster der kapitalistischen Herrschaft und die entstehenden Widerstandsformen aufzudecken. In einem Kapitel stellt Klein dar, wie die Beschäftigung ihrer eigenen Generation von Campusaktivisten mit Identitätspolitik und politischer Korrektheit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre in Wirklichkeit den Strategien der Großkonzerne, aus dem Multikulturalismus Kapital zu schlagen, in die Hände spielte. Man hört buchstäblich das Zusammenkrachen eines ganzen intellektuellen Paradigmas: "Im Rückblick wirkt besonders verblüffend, dass just in den Jahren, als die PC-Politik den Höhepunkt ihrer Nabelschau erreichte, der Rest der Welt etwas ganz anderes tat: Er richtete den Blick nach außen und dehnte sich aus. Just in dem Moment, als sich das Blickfeld der linksgerichteten Progressiven so sehr einengte, dass es nur noch die unmittelbare Umgebung umfasste, dehnte sich der Horizont der internationalen Geschäftswelt auf den ganzen Erdball aus ... Rückblickend erscheint das alles wie eine freiwillige Blindheit. Der Verzicht auf die radikalökonomischen Fundamente der Frauen- und der Bürgerrechtsbewegung, als eine Reihe von Anliegen zu dem Phänomen verschmolzen, das später als Political Correctness bezeichnet wurde, führte dazu, dass eine ganze Generation von Aktivisten in einer Politik der Metaphern statt der konkreten Aktion trainiert wurde. Und dass die Raumeroberer ungehindert in unseren Schulen und Gemeinden einmarschieren konnten, ist zumindest teilweise darauf

zurückzuführen, dass viele von uns aufgrund der politischen Modelle, die damals en vogue waren, schlecht dafür gerüstet waren, sich mit Problemen zu befassen, bei denen es mehr um Besitz ging als um Repräsentanz. Wir waren so sehr damit beschäftigt, die Projektionen auf der Wand zu analysieren, dass wir nicht merkten, wie die Wand selbst verkauft wurde." [26] **Der Bewegung einen Namen geben** Und so wurde die große Debatte über den Kapitalismus wiederaufgenommen, zweihundert Jahre nachdem sie im Gefolge der großen Französischen Revolution begonnen hatte. Der Postmodernismus ist heute Geschichte. Er ist zu tief verschanzt, vor allem im akademischen Nordamerika, um einfach zu verschwinden, und so wird er ausharren und vielleicht sogar zu neuem Leben erwachen in Disziplinen, die zu engstirnig sind, um seinen ersten Ansturm wahrgenommen zu haben (so hat es in den letzten Jahren eine besonders lächerliche Postmodernismmode unter englischsprachigen Politikwissenschaftlern und Spezialisten für Internationale Beziehungen gegeben). Dennoch ist die Debatte nicht stehen geblieben – was wir allerdings weniger einer entscheidenden theoretischen Widerlegung des Postmodernismus zu verdanken hätten (denn die vernichtendsten philosophischen Gegenargumente wurden zu seiner Glanzzeit erhoben und waren seinem Einfluss scheinbar kaum abträglich) als vielmehr dem Umstand, dass der weltweite Aufstand gegen die kapitalistische Globalisierung die intellektuelle Agenda verändert hat. Es gibt allerdings eine Frage, die noch für Verlegenheit sorgt: Wie sollten wir diese neue Bewegung nennen? Der ihr gewöhnlich verpasste Name – Antiglobalisierungsbewegung – ist offensichtlich eine absurde Bezeichnung für eine Bewegung, die gerade ihren internationalen Charakter feiert und es vermocht hat, über nationale Grenzen hinweg in allen fünf Kontinenten wirkungsvoll zu mobilisieren. Führende Köpfe der Bewegung haben sich zu Recht von diesem Namen distanziert. Naomi Klein schreibt: "Es ist nicht sinnvoll, die Sprache der Antiglobalisierung zu benutzen." [27] Auf dem ersten Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar 2001 sagte Susan George: "Wir sind 'pro Globalisierung', denn wir treten dafür ein, Freundschaft, Kultur, Kochen, Solidarität, Reichtum und Ressourcen zu teilen." [28] Vittorio Agnoletto vom Sozialforum Genua hat seine Abneigung gegen die in Italien verbreitete Etikettierung der Bewegung als "no global" zum Ausdruck gebracht. [29] Viele nordamerikanische Aktivisten neigen dazu – was augenscheinlich Richard Falk als Erster getan hat –, zwischen zwei Arten von Globalisierung zu unterscheiden, "der Globalisierung von oben, die die Zusammenarbeit der führenden Staaten mit den bedeutendsten Vertretern der Kapitalakkumulation widerspiegelt", und der "Globalisierung von unten ... einer Sammlung nationenübergreifender sozialer Kräfte, die um die Umwelt und die Menschenrechte besorgt sind, das Patriarchat ablehnen und eine Vision von der menschlichen Gemeinschaft, gestützt auf die Einheit der diversen Kulturen, haben und nach einem Ende von Armut, Unterdrückung, Demütigung und kollektiver Gewalt streben". [30] Andere versuchen die Art der Globalisierung, gegen die sie sich auflehnen, durch Zusätze wie "der Großkonzerne", "neoliberale" oder einfach – was für Englisch sprechende Menschen besonders verwirrend ist – "liberale" enger zu fassen. Diese unterschiedliche Wortwahl spiegelt mehr als nur begriffliche Differenzen wider. Es ist zum Klischee geworden zu sagen, dass die Bewegung von Seattle und Genua eher weiß, wogegen sie ist, als wofür. Das ist aber nicht wirklich wahr. Es ist unbestreitbar, dass die Bewegung die Frage nach ihrer Alternative zum Neoliberalismus und wie sie sich deren Durchsetzung vorstellt, offen gelassen hat. Diese Unsicherheiten hängen damit zusammen, dass der Feind nicht klar identifiziert wurde. Ist der Feind der Neoliberalismus – mit anderen Worten die Politik, so wie sie vom Washington-Konsens und dem angloamerikanischen Modell des Kapitalismus verkörpert wird, das diese Politik zu verallgemeinern versucht – oder ist er die kapitalistische Produktionsweise selbst? Die Art der Antwort auf diese Frage wird dazu beitragen, die bevorzugte Alternative und die erforderliche Strategie zu ihrer Umsetzung zu bestimmen. Nach meinem Dafürhalten passt die Bezeichnung "antikapitalistisch" am besten zu der Bewegung. Nicht, weil eine Mehrheit der Aktivisten die vollständige Ablösung des Kapitalismus für möglich oder sogar wünschenswert hielt. Der Zusammenbruch des Kommunismus wirkt noch nach in der verhältnismäßigen Schwäche der traditionellen Linken und der mangelnden Glaubwürdigkeit des Sozialismus als systematischer Alternative zum Kapitalismus. Dennoch ist die Bewegung das, was Giovanni Arrighi, Terence Hopkins und Immanuel Wallerstein eine antisystemische Bewegung nennen würden. [31] Das heißt, sie kämpft nicht bloß wegen spezifischer Missstände oder Fragen – wie freier Handel oder Umwelt oder Verschuldung der Dritten Welt –, sondern schöpft ihre Motivation aus einem Gefühl für den Zusammenhang zwischen enorm vielen verschiedenen Ungerechtigkeiten und Gefahren. Agnoletto hat seine eigene politische Laufbahn als Beispiel für die Verlagerung vom Einzelnen zum Allgemeinen geschildert, die auch für andere Aktivisten typisch ist. Seine Beteiligung an der radikal linken Democracia Proletaria in den 1970ern ließ er hinter sich und wurde während der 1980er und 1990er Jahre in seiner Eigenschaft als Arzt in der Antiaidsbewegung in Italien aktiv. Nachdem antiretrovirale Therapien im Norden ab Mitte der 1990er breit zugänglich gemacht wurden, lenkte er seine Aufmerksamkeit auf das Schicksal der HIV- und Aids-Betroffenen in der Dritten Welt. Hier stieß er auf das Hindernis, dass die Pharmaindustrie mit Rückendeckung der WTO auf ihren Patentrechten beharrte. Also nahm er Verbindung mit anderen NGOs auf, um gegen die WTO zu agitieren. Nach Genua war er zu einem der Führer der Sozialforen geworden, die sich inzwischen in ganz Italien ausgebreitet hatten und zu einem der Hauptzentren der weltweiten Bewegung geworden waren. [32] Es ist dieses wachsende Bewusstsein für das System, das die Bewegung mehr als alles andere kennzeichnet. Bereits in Seattle belebte Gerald McIntee, Führer der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (AFSCME), eine alte Parole der 1960er Jahre wieder: "Wir müssen dem System einen Namen geben ... und dieser Name ist Kapitalismus der Großkonzerne." [33] Die Tatsache, dass ein Gewerkschaftsführer, der sich der Unterstützung der Clinton-Regierung so leidenschaftlich verschrieben hatte, zu

solch radikaler Rhetorik gegriffen hat, ist ein Beleg für das sich wandelnde ideologische Klima. Die antisystemische Ausrichtung der Bewegung wird in ihrem bisher wichtigsten programmatischen Dokument offensichtlich, dem Aufruf der Sozialen Bewegungen, der auf dem zweiten Weltsozialforum im Februar 2002 herausgebracht wurde: "Wir schmieden ein großes Bündnis aus unseren Kämpfen und unserem Widerstand gegen ein System, das sich auf Sexismus, Rassismus und Gewalt stützt, das die Interessen des Kapitals und des Patriarchats über die Bedürfnisse und Hoffnungen der Menschen stellt." [34] **Ein weiteres außerplanmäßiges Ereignis** Die Bemühung, die antikapitalistische Bewegung richtig zu charakterisieren, ergibt für manche keinen Sinn, weil sie glauben, dass die Bewegung mittlerweile von den Ereignissen eingeholt wurde. Der erste Teil der Financial-Times-Serie zum Thema "Gegenkapitalismus" erschien am 11. September 2001. Die Zeitung, die zuvor die Entwicklung der Bewegung sehr detailliert (und ziemlich nervös) verfolgt hatte, stellte einige Wochen nach dem 11.9. fest: "Eine der weniger wahrgenommenen Folgen der terroristischen Angriffe in den USA war, dass die Massenbewegung gegen die Globalisierung plötzlich zum Stillstand kam." [35] Andere feindlich gesinnte Kommentatoren gingen noch weiter und versuchten die Bewegung zu verleumden, indem sie ihr eine Nähe zum Terrorismus unterstellten. Nach John Lloyd, einem Journalisten, der Tony Blairs New Labour nahe steht: "... stellt ein Antiamerikanismus, der in Terrorismus umschlägt oder ihn zumindest unterstützt, eine Herausforderung für den Antiamerikanismus mancher globalen Bewegung dar. Er spielt eine ähnliche Melodie, und angesichts dessen, was alles offensichtlich auf dem Spiele steht, sollten sich diejenigen, die solche Ansichten vertreten, genau Rechenschaft darüber ablegen, wie ernst sie es meinen ... Die einzige politische Gruppierung, die derzeit die von den globalen Bewegungen entwickelten Taktiken benutzt – die sporadische Anwendung von Gewalt und Oppositionsaufbau durch unkontrollierbare und unberechenbare Netzwerke –, ist Bin Ladens Al Kaida." [36] Das ist ziemlich abscheuliches Zeug. Es setzt ein geheimes Netzwerk, das Massenmord an Fluggästen und -personal, Büroangestellten und Feuerwehrleuten für eine legitime Taktik hält, mit einer Bewegung gleich, die stets ihr Festhalten an offener und demokratischer Selbstorganisation und friedlichem Protest kundtat. Die Gewalt, die durch den anarchistischen Rand des Schwarzen Blocks anlässlich verschiedener antikapitalistischer Proteste dummerweise ausgeübt wurde, ist banal: Das Verwüsten einer McDonald's-Filiale oder das Anzünden von ein paar Geldautomaten ist kaum vergleichbar damit, Passagierflugzeuge in das World Trade Center zu lenken. Die einzigen Schüsse, die auf Protestaktionen fielen, kamen aus den Waffen von Polizeibeamten, die auf Demonstranten zielten. Und eine Bewegung als anti-amerikanisch zu bezeichnen, deren bekanntester Protest in den USA stattfand, ist einfach albern. Dessen ungeachtet war der 11.9. ein Schlag für die antikapitalistische Bewegung, insbesondere in Nordamerika. Bereits geplante Proteste anlässlich der Jahresversammlungen des IWF und der Weltbank in Washington Ende September wurden abgesagt. Es gelang der WTO-Ministerkonferenz, die im November desselben Jahres in Doha tagte – Hauptstadt dieses Bollwerks der "Teilhaberdemokratie", des Scheichtums von Katar am Golf –, die Verhandlungsrunde über den Welthandel, die in Seattle blockiert worden war, wieder in Gang zu setzen. Der von der Bush-Regierung erklärte "Krieg gegen den Terrorismus" und die damit zusammenhängende Beschneidung von Grundrechten, insbesondere in den USA und Großbritannien, schufen ein wesentlich unwirtlicheres Klima für jegliche Form von Protest (es ist besorgniserregend, wie das FBI und andere US-amerikanische Gesetzeshüter das McCarthysche Konzept "unamerikanischer Aktivitäten" wiederentdeckt haben). Manche Anhänger der antikapitalistischen Bewegung fanden Gründe, den Krieg in Afghanistan zu unterstützen, zum Beispiel, weil sie glaubten, der Sturz der Taliban werde die Afghanen – vor allem die afghanischen Frauen – von der Herrschaft intoleranter islamistischer Kriegsherren befreien, was sich allerdings als Illusion erwies. [37] Und – was längerfristig möglicherweise noch größeren Schaden verursachen wird – das Abschlichten gerade von Büroangestellten und Handwerkern, von deren Unterstützung der langfristige Erfolg der antikapitalistischen Bewegung abhängen wird, hat das Fortbestehen des "Teamster-Turtle-Bündnisses" in Frage gestellt – jenes Zusammenfindens der organisierten Arbeiterschaft mit NGO-Aktivistinnen, das ein so herausragendes Merkmal von Seattle und einigen späteren Protesten (an erster Stelle Quebec, Genua und Barcelona) war. Dieser Rückschlag führte allerdings nicht zum Zerschlagen der Bewegung, sondern vielmehr zur Verlagerung ihres Schwerpunktes von Nordamerika nach Europa und Lateinamerika. Die Demonstrationen in Genua im Juli 2001 bildeten die erste Stufe eines Radikalisierungsprozesses, der in der italienischen Gesellschaft um sich griff und die Linke aus ihrem zwanzigjährigen Trübsinn riss. Das Genua-Sozialforum, das die Proteste organisiert hatte, lieferte das Organisationsmodell für eine landesweite Bewegung, in der verschiedene Strömungen lernten, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Diese Bewegung reagierte auf den Krieg in Afghanistan mit einer Serie von Massenprotesten. In Großbritannien, das eine große Zahl Aktivisten zu den Protesten nach Genua entsandt hatte, rief die Ablehnung des "Krieges gegen Terrorismus" und der israelischen Terrorherrschaft in den besetzten Gebieten zum ersten Mal eine Bewegung hervor, die mit jenen Kontinentaleuropas und Nordamerikas vergleichbar ist: Die großen Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Krieg waren von jungen Aktivistinnen geprägt – sozusagen den Menschen von Seattle und Genua. Aber sogar diese Bewegungen in Italien und Großbritannien wurden von dem riesigen Protest unter der Parole "Gegen ein Europa des Kapitals und des Krieges" vor dem EU-Gipfel in Barcelona am 16. März 2002 in den Schatten gestellt. Die Organisatoren des Protestes und die Behörden waren gleichermaßen überrascht, als eine halbe Million Menschen, überwiegend Ortsansässige, an dem, was die Financial Times "eine friedliche Demonstration gegen den globalen Kapitalismus" nannte, teilnahmen, "womit sie unterstrichen, dass ihre Bewegung mit den Angriffen gegen die USA vom 11. September nicht gestorben war und

ihre Proteste nicht zwangsläufig durch Gewalt getrübt sein mussten".[38] Unterdessen war das zweite Weltsozialforum, das Anfang Februar 2002 in Porto Alegre zusammenkam, drei- oder viermal so groß wie das erste. Zwischen 65.000 und 80.000 Aktivisten, die meisten aus Brasilien selbst, versammelten sich, um an einem Ereignis teilzunehmen, das einem Weltparlament der antikapitalistischen Bewegung glich. Dieses WSF stand auch im Zeichen eines weiter südlich stattfindenden Ereignisses: des Massenaufstands gegen den Neoliberalismus, der Argentinien im Dezember 2001 erschütterte. Die Bewegung konnte nicht länger als Angelegenheit des reichen Nordens abgetan werden. In mancherlei Hinsicht führten der 11. September und der "Krieg gegen den Terrorismus" – wie schrecklich und unwillkommen diese Entwicklungen auch waren – zu einer Vertiefung der antikapitalistischen Bewegung. Sie zwangen Aktivisten, sich mit der "bewaffneten Globalisierung", wie Claude Serfati sie nennt, auseinander zu setzen, mit jenem Prozess, durch den die kapitalistische Globalisierung bestehende geopolitische und soziale Spannungen verschärft, um dann den Einsatz militärischer Macht, vor allem durch die USA und ihre Verbündeten, zu fordern.[39] Der Aufruf der Sozialen Bewegungen, der während des zweiten Weltsozialforums in Porto Alegre angenommen wurde, brandmarkte "den Anfang eines permanenten globalen Kriegs, der auf die Sicherung der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zielt... Die Opposition gegen diesen Krieg ist ein Herzstück unserer Bewegung." Ein weiteres Zeichen für die sich öffnenden Horizonte war die Beteiligung Hunderter antikapitalistischer Aktivisten an den Bemühungen der Internationalen Solidaritätsbewegung (ISM), menschliche Schutzschilde zu bilden, um den Zugang zum Westjordanland während der brutalen Offensive der israelischen Armee im Frühjahr 2002 zu blockieren. George Monbiot kommentierte: "Die Ankunft der Bewegung im Westjordanland ist eine natürliche Fortentwicklung ihrer anderen Aktivitäten. Seit Jahren hat sie die zerstörerische Außenpolitik der mächtigsten Regierungen dieser Welt und mit ihr das Versagen der multilateralen Institutionen, ihnen Einhalt zu gebieten, angeprangert ... In Palästina wie auch anderswo versucht sie, sich zwischen die Macht und ihre Leidtragenden zu stellen." [40] Wenn aber die antikapitalistische Bewegung den 11. September überlebt hat und sich zugleich durch den "Krieg gegen den Terrorismus" genötigt sah, ihren Horizont zu erweitern, bleiben dennoch wichtige Fragen, die sie behandeln muss. Wie ich bereits angedeutet habe, betreffen diese das Wesen des Feindes, die erforderlichen Strategien, um ihn zu überwinden, und die alternative Gesellschaft, die aus einem Sieg hervorginge. In vielerlei Hinsicht schöpfte die Bewegung ihre Stärke aus dem Umstand, dass sie auf all diese Fragen bisher keine eindeutigen Antworten lieferte – daraus kann man aber nicht den Schluss ziehen, dass dies immer so bleiben wird. Mit diesem Buch soll eine systematische Antwort auf diese Fragen gegeben werden. Obwohl es auch ein Programm enthält (Kapitel 3), ist es weniger ein politisches Manifest als eine ausführliche Erörterung der Standpunkte, die die antikapitalistische Bewegung beziehen sollte. Es wurde von Karl Marx' und Friedrich Engels' Manifest der Kommunistischen Partei inspiriert. Es wäre natürlich ein albernes Unterfangen, einen solchen Klassiker überbieten oder aktualisieren zu wollen. Aber das Manifest ist die berühmteste Darstellung von Marx' Kritik der kapitalistischen Produktionsweise – einer Kritik, die die antikapitalistische Bewegung sowohl auf theoretischer Ebene als auch in der Praxis wiederaufgegriffen hat, auch wenn die meisten ihrer Aktivisten die Bezeichnung "Marxist" ablehnte. Marx ist daher ein wichtiger Bezugspunkt in dem, was folgt, und ich habe mich hier und da an die Form des Manifests angelehnt.[41] Dieses kurze Buch erhebt natürlich keinen Anspruch auf Endgültigkeit. Die antikapitalistische Bewegung umfasst eine Vielfalt von politischen Perspektiven, und ihr Festhalten an der Einheit in der Vielfalt ist eines ihrer wichtigsten Organisationsprinzipien, das sie immer wieder betont und weitgehend auch umsetzt. Dies ist ein Anti-Kapitalistisches Manifest: Es kann und sollte viele andere geben. Meine Argumente stehen für eine ganz bestimmte Sichtweise dessen, worum es bei dieser Bewegung geht – eine Sichtweise, die durch die revolutionäre marxistische Tradition mehr beeinflusst ist, als es wahrscheinlich vielen lieb sein wird. Ich biete sie dennoch an als Beitrag zur Diskussion innerhalb der Bewegung und in der Hoffnung, mehr Menschen davon überzeugen zu können, dass eine andere Welt in der Tat möglich ist. [1] Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte: wo stehen wir?*, Kindler Verlag, München 1992. Eine kritische Auseinandersetzung mit Fukuyamas These und der Debatte, die sie auslöste, findet sich in A. Callinicos, *Theories and Narratives*, Cambridge 1995, Kapitel 1. [2] Eine neulich erschienene Kritik dieses Arguments findet sich in S. Žižek, *Did Somebody Say Totalitarianism?*, London 2001. [3] Siehe R. Broad und J. Cavanaugh, "The Death of the Washington Consensus?", in: W. Bello u.a. (Hrsg.), *Global Finance*, London 2000, S. 84. [4] Susan George, "A Short History of Neo-liberalism" unter: www.geocities.com/CapitolHill/Embassy/8417/sg1.htm; auch in: W. Bello u.a., a.a.O., S. 27. [5] Diese Geschichte wird überwiegend aus der Perspektive der Dritten Welt erzählt, in: W. Bello u.a., *Dark Victory: The United States and World Poverty*, 2. Ausgabe, London 1999. [6] Siehe insbesondere P. Gowan, *The Global Gamble*, London 1999. [7] J. R. MacArthur, *The Selling of "Free Trade"*, Berkeley und Los Angeles 2000. [8] A. Callinicos, *Against the Third Way*, Cambridge 2001. [9] P. Anderson, "Renewals", in: *New Left Review* (II), Nr. 1, 2000, S. 17. Siehe Gilbert Achcar's ausgewogene Kritik, "The 'Historical Pessimism' of Perry Anderson", in: *International Socialism* (2), Nr. 88, 2000. [10] Vergleiche M. Wolf, "In Defence of Global Capitalism", in: *Financial Times*, 8. Dezember 1999, sowie F. Rouleau, "L'Ennemi, est-ce la 'mondialisation' ou le capitalisme?", in: *Lutte Ouvrière*, 3. Dezember 1999.

- [11] J. Harding, "Globalization's Children Strike Back", *Financial Times*, 11. September 2001. Sympathischere Betrachtungen finden sich bei A. Starr, *Naming the Enemy: Anti-Corporate Movements Confront Globalization*, London 2000, und E. Bircham und G. Charlton, Hrsg., *Anti-Capitalism: A Guide to the Movement*, London 2001. Daniel Bensaïd hat eine ausgezeichnete Übersicht verfasst: *Le Nouvel Internationalisme. Contre les guerres impériales et la privatisation du monde*, Paris 2003.
- [12] M. Rupert, *Ideologies of Globalization*, London 2000, S. 15, 17.
- [13] "Testimonies of the First Day", in: T. Hayden, Hrsg., *The Zapatista Reader*, New York 2002, S. 216.
- [14] Subcomandante Marcos, "Der Vierte Weltkrieg hat begonnen", in: "Subcomandante Marcos über die globalen Bezüge einer regionalen Rebellion", www.members.partisan.net/kosovo/ko28099.html.
- [15] J. Lloyd, *The Protest Ethic*, London 2001, S. 38–39.
- [16] A. Pettifor, "The Economic Bondage of Debt – and the Birth of a New Movement", in: *New Left Review* (I), Nr. 230, 1998.
- [17] Siehe P. Bond, "Their Reforms and Ours", in: Bello u.a. (Hrsg.), *Global Finance*; sowie R. Wade, "Showdown at the World Bank", in: *New Left Review* (II), Nr. 7, 2001. Liberale internationalistische Perspektiven in diesen Debatten finden sich in R. Gilpin, *The Challenge of Global Capitalism*, Princeton 2000, sowie in H. James, *The End of Globalization*, Cambridge MA, 2001. Stiglitz hat jetzt seine Kritik des IWF insbesondere in "Die Schatten der Globalisierung", Berlin 2002, entwickelt.
- [18] J. Wolfreys, "Class Struggles in France", in: *International Socialism* (2), Nr. 84, 1999.
- [19] L. Boltanski und E. Chapiello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003, besonders Teil III.
- [20] J. Baudrillard, *Die Illusion des Endes – das Ende der Illusion*, Köln 1997, S. 81.
- [21] G. Debord, *Die Gesellschaft des Spektakels*, Berlin 1996, §§ 1, 2.
- [22] Boltanski und Chapiello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, a.a.O. S. 548. [Dieses Zitat wurde neu aus dem Englischen übertragen, da die vorliegende Übersetzung den Sachverhalt m.E. nicht korrekt wiedergibt – Anm. d. Übers.] Boltanski und Chapiello bringen merkwürdigerweise Bourdieu weiterhin mit der Kritik der Authentizität in Verbindung, obwohl das Konzept nach ihrem eigenen Bekunden nach wie vor eine Rolle in seinem Denken spielt, siehe ebenda S. 549-550 und 769.
- [23] Siehe beispielsweise J. Baudrillard, *Simulation und Verführung*, München 1994: Die situationistische Analyse wird ausdrücklich verworfen.
- [24] R. Rorty, *Stolz auf unser Land : die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Frankfurt am Main 1999, S. 73–107.
- [25] Siehe insbesondere S. Žižek, *Die Tücke des Subjekts*, Frankfurt am Main 2001.
- [26] Naomi Klein, *No Logo, Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern*, München 2002, S. 138-139 und 140-141.
- [27] Naomi Klein, "Reclaiming the Commons", in *New Left Review* (II), Nr. 9, 2001, S. 87.
- [28] Susan George, *Was Nun?*, Text für das erste Weltsozialforum, Porto Alegre, 15. Januar 2001, www.tni.org/archives/george/alegre-g.htm.
- [29] Vortrag auf dem zweiten Weltsozialforum, Porto Alegre, 1. Februar 2002.
- [30] R. Falk, "The Making of Global Citizenship", in: J. Brecher u.a. (Hrsg.), *Global Visions*, Boston 1993, S. 39.
- [31] G. Arrighi u.a., *Anti-Systemic Movements*, London 1989.
- [32] Rede auf dem zweiten Weltsozialforum, Porto Alegre, 2. Februar 2002. Die Entwicklung dieser Art von Aktivismus ist eines der Hauptthemen von Paul Ginsborgs *Italy and its Discontents*, London 2002, obwohl er die jüngste Radikalisierung nicht vorausgesehen hat.
- [33] M. Cooper, "Street Fight in Seattle", in: *The Nation*, 20. Dezember 1999 (Onlineausgabe).
- [34] Porto Alegre II: Aufruf der sozialen Bewegungen unter: www.ipnw.at/omeganews/news20-02/06_Porto_Alegre_Schlussdeklaration.htm.
- [35] *Financial Times*, 6. Oktober 2001. Der Schlussteil der Serie (nur zwei erschienen in Druckform, alle Teile sind aber online verfügbar unter: www.specials.ft.com/countercap) malt ein ähnlich düsteres Bild: J. Harding, "Clamour against Capitalism Stilled", ebenda, 10. Oktober 2001.
- [36] Lloyd, *Protest Ethic*, S. 66-67.
- [37] Tariq Ali liefert eine solide Kritik solcher Illusionen in seinem Buch "Fundamentalismus im Kampf um die Weltordnung", München 2003.
- [38] *Financial Times*, 18. März 2002.
- [39] C. Serfati, *La mondialisation armée*, Paris 2001.
- [40] G. Monbiot, "World Bank to West Bank", *Guardian*, 9. April 2001.
- [41] Ich bin auch Chris Harman mit seiner Pionierarbeit "Anti-Capitalism: Theory and Practice" zu Dank verpflichtet, in: *International Socialism* (2), Nr. 88, 2000.

Leseprobe 3

Inhalt:

Vorwort zur deutschen Ausgabe (Leseprobe)

Vorwort

Einführung (Leseprobe)

Ein außerplanmäßiges Ereignis

Die Rückkehr der Gesellschaftskritik

Der Bewegung einen Namen geben

Ein weiteres außerplanmäßiges Ereignis

1. Der Kapitalismus gegen die Welt

Wo liegt das Problem?

Finanzielle Torheiten

Das Perpetuum mobile

Akkumulation und Katastrophe

Das Schwert des Leviathan

Zusammenfassung

2. Vielfalt und Strategien

Die Vielfältigkeit des Antikapitalismus

Reform oder Revolution?

Zusammenfassung

3. Andere Welten erträumen

Antikapitalistische Werte

Eine Randbemerkung zur Vielfalt

Was ist am Markt zu kritisieren?

Warum wir Planung brauchen

Ein Übergangsprogramm

Zusammenfassung

Nachwort

Quelle: <https://www.vsa-verlag.de/nc/detail/artikel/ein-anti-kapitalistisches-manifest/>